RheinlandPfalz
MINISTERIUM DER FINANZEN

An den
Vorsitzenden des Haushalts- und
Finanzausschusses
Herrn Thomas Wansch, MdL
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/7989
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 5
55116 Mainz
Postfach 33 20
55023 Mainz
Telefon 06131 16-4302
Telefax 06131 16-4300
Doris.Ahnen@fm.rlp.de
www.fm.rlp.de

9. Oktober 2025

77. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses vom 04.09.2025
TOP 10: „Zwischenstand Neubau des Landesuntersuchungsamt in Koblenz“
Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT, Fraktion der CDU – Vorlage 18/7792 –

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

entsprechend der Zusage in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 4. September 2025 übersende ich den Sprechvermerk zu TOP 10 (Anlage).

Bei den noch nicht ausgeschriebenen Leistungen, für die um Mitteilung gebeten wurde, handelt es sich um Leitungsanlagen im Außenbereich, Freianlagen, Mittelspannungsanlagen, BOS-Funkanlage, Gefahrenmeldeanlagen, Dach-Photovoltaikanlage, Niederspannungsanlagen, Schließanlage, Inneneinrichtung (Festeinbauten), Beschilderung, Beschichtungen in S3-Laboren, Insektenschutzgitter, Rollregale, Begasungsgenerator, Standautoklav inkl. Zubehör, Wäschereiwaschmaschine und Ablufttrockner. Wegen Insolvenz sind ferner die Leistungen für Wasser- und Entwässerungsanlagen und wegen Kündigung die Leistungen für raumlufttechnische Anlagen sowie für die Begasung von S3-Laboren neu zu vergeben.

Mit freundlichen Grüßen

Doris Ahnen

Anlage

Sprechvermerk

77. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses
am 04.09.2025
Sprechvermerk des Geschäftsführers des Landesbetriebs LBB,
Herrn Holger Basten

TOP 10 „Zwischenstand Neubau des Landesuntersuchungsamt in Koblenz“

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit, Sie über den aktuellen Zwischenstand beim Neubau des Landesuntersuchungsamtes in Koblenz informieren zu können.

Der Neubau des Landesuntersuchungsamtes in Koblenz ist inzwischen bis zur Fertigstellung des Rohbaus und der Dachabdichtung vorangeschritten. Die Vorhangfassade ist montiert und mit dem Innenausbau durch die Versorgungs- und Elektrogewerke wurde begonnen.

Allerdings konnte mit der Montagefirma der Vorhangfassade aufgrund einer ausstehenden fachlichen Erklärung des Auftragnehmers – insbesondere unvollständiger Verwendbarkeitsnachweise – noch keine VOB-Abnahme erfolgen, so dass zu diesem Punkt eine rechtliche Auseinandersetzung läuft und Lösungen zur Beseitigung der Hauptmängel gesucht werden.

Der weitere Ausbau der technischen Installationen ist aktuell unterbrochen. Hierfür möchte ich Ihnen zwei wichtige Gründe exemplarisch benennen:
Zum einen ist dies der Insolvenz der Sanitär-, Wasser- und Abwasserfirma – ein Schlüsselgewerk – geschuldet. Zum anderen hat die Kündigung seitens des Auftragnehmers für Lüftungstechnik und Begasung im S3-Labor – ein weiteres Schlüsselgewerk – den Baufortschritt unterbrochen.

Maßgeblich hierfür ist auch die gestörte Koordinierungs- und Kollisionsplanung der eingeschalteten externen Planungsbeteiligten. Infolge dessen fehlen teilweise Werk- und Montagepläne bzw. sind unvollständig oder beruhen auf einer nicht kollisionsfreien Ausführungsplanung, die zur Bauzeitverzögerung und letztendlich der Kündigung seitens gewerblicher Firmen geführt haben.
Vor dem Hintergrund der derzeit noch nicht abgeschlossenen Prüfung von möglichen Verfahrensvarianten zur Weiterführung des Projekts und der auf dieser Grundlage zu treffenden Entscheidungen kann derzeit noch keine belastbare Aussage zum weiteren zeitlichen Ablauf der Maßnahme getroffen werden.

Es gab mehrere konkrete Ursachen zur wiederholten Verzögerung des Baufortschrittes.
Mit Fertigstellung des Rohbaus im Jahr 2019 und dem anschließenden Start des Innenausbaus, begannen – mit der weltweiten Corona-Pandemie Anfang 2020 und dem seit 2022 und bis heute andauernden russischen Überfall auf die Ukraine – globale Krisen, die auch die Bauwirt-

schaft in unserem Land lähmen. So kam es durch Corona teils zu reduziertem Firmenpersonal auf der Baustelle und durch den Krieg haben sich auch Lieferketten verzögert. Den Baubetrieb vor Ort in dieser Zeit aufrechtzuerhalten, war schwierig.

Wegen Schlechtleistungen der Planung, Nichteinhaltung von Terminen, Fristen und oft wechselndem Fachplanerpersonal folgte 2019 die unumgängliche Kündigung des zuerst beauftragten Büros für Versorgungs- und Elektrotechnik.
Dies erforderte ein neues europaweites Ausschreibungsverfahren, aus dem nach der Verfahrensdauer von 8 Monaten zwei neue Planungsbüros jeweils für die Versorgungs- und Elektrotechnik hervorgingen. Deren Einarbeitung und die erforderlichen Umplanungen dauerten weitere 8 Monate. Diese Einflüsse ergaben somit schon 2020/2021 einen gestörten Bauablauf und Bauzeitverzögerungen.

Sodann wurde im Jahr 2022 wegen einer zusätzlichen notwendigen Bedarfsforderung ein Planungsnachtrag erforderlich. Ziel des Nachtrags war es, den Standort Koblenz im Fall des Ausfalls anderer Landesuntersuchungsamt-Standorte zum redundanten Standort zur Aufrechterhaltung des Betriebes der fünf Landesuntersuchungsämter in Rheinland-Pfalz zu machen und so dort die landesweit „kritischen Geschäftsprozesse“ sicherzustellen.

Hierzu haben die Beteiligten zusammen mit den externen Planern die nachfolgend notwendigen Änderungen erarbeitet.

Die im Jahr 2017 genehmigte HU-Bau für den „Neubau Landesuntersuchungsamt in Koblenz“ hatte ein Volumen von rd. 67,7 Mio. Euro Gesamtbaukosten.
Durch bislang neun Nachträge und Änderungen haben sich die genehmigten Gesamtbaukosten auf rd. 117,5 Mio. Euro erhöht.

Die Mehrkosten in Höhe von knapp 50 Mio. Euro ergeben sich insbesondere durch Änderungen der Labore/Einsatz Recycling-Beton/Mikrobiologie in Höhe von rd. 250.000 Euro, notwendige Änderungen der neuen Fachplaner in der Versorgungs- und Elektrotechnik in Höhe von rd. 15,3 Mio. Euro, Kostensteigerungen durch Corona-Pandemie und Ukrainekrieg in Höhe von rd. 14,5 Mio. Euro, zusätzliche Notwendigkeiten zur Sicherstellung kritischer Geschäftsprozesse in Höhe von rd. 4,7 Mio. Euro sowie Nachträge aus Baupreissteigerungen und baufachlicher Sicht in Höhe von rd. 15 Mio. Euro.

Um das Projekt wieder in einen geregelten Ablauf zu überführen, befinden sich zurzeit verschiedene Verfahrensvorschläge zum weiteren Vorgehen zwischen dem Landesbetrieb LBB und dem für Landesbau zuständigen Ministerium der Finanzen in der Abstimmung, bis zu deren Festlegung eine Kostenprognose noch nicht genannt werden kann.

Dem Landesbetrieb LBB sind keine Klagen zwischen Handwerkern und Planern im Zusammenhang mit dem Projekt „Neubau Landesuntersuchungsamt in Koblenz“ bekannt.

Die Verzögerungen beim Baufortschritt haben Auswirkungen auf die Budgetplanung des Landesuntersuchungsamtes der nächsten Jahre. Hier ist insbesondere die Verlängerung von bestehenden Mietverträgen für den bisherigen Gebäudebestand zu nennen, die Mehrkosten verursachen werden. Sollten Vertragsverlängerungen nicht mehr möglich sein, bedarf es zudem eines temporären Umzugs an einen neuen Standort. Bis zur Fertigstellung des Neubaus müssen darüber hinaus durch den Landesbetrieb LBB an den Altstandorten die zur Sicherstellung des ordnungsgemäßen Dienstbetriebs zwingend erforderlichen Bauunterhaltungsmaßnahmen durchgeführt werden.

EDV-Ausstattungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Hardware), die ursprünglich für den Zeitpunkt des Umzuges in den Neubau geplant waren, müssen nunmehr sukzessive ersetzt werden. Ähnlich verhält es sich bei den für die Labortätigkeit notwendigen Großgeräten; diese sollten weitestgehend zum Zeitpunkt des Umzugs neu angeschafft werden, um die Transportkosten zu reduzieren. Auf Grund der bereits langen Betriebsdauer einiger Großgeräte ist ein weiteres Zuwarten auf die Fertigstellung des Neubaus fachlich nicht mehr zu verantworten, so dass auch Neuanschaffungen von Großgeräten und deren Lieferung an Altstandorte in den nächsten Jahren im notwendigen Umfang getätigt werden müssen. Dies führt dann zu Mehrkosten im Rahmen des Umzugsmanagements. Die Höhe dieser Mehrkosten können aktuell nicht beziffert werden, sind jedoch in den kommenden Haushaltsjahren entsprechend zu veranschlagen.

Der reguläre Betrieb des Landesuntersuchungsamtes mit seinen vielfältigen Aufgaben wird ungeachtet der Verzögerungen im Baufortschritt des

Neubaus insbesondere durch das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufrechterhalten und ordnungsgemäß fortgeführt. Auswirkungen auf die Personalstruktur durch die o. g. Verzögerungen sind unmittelbar nicht erkennbar.